



IEDF

**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
IBAN DE50 6707 0024 0043 7749 00
BIC DEUTDE33HAN

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier
c/o Dr. Oliver Schmolke
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Mannheim, den 15.02.2022

Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ - Glückwunsch zu Ihrer
Wiederwahl

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

Sie beginnen nun, ausgestattet mit einem breiten Votum der Bundesversammlung, Ihre neue Amtsperiode. Dazu gratuliere ich Ihnen im Namen der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) sehr herzlich.

Die Rede, die Sie nach der Bestätigung Ihrer Wahl hielten, haben wir mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Insbesondere danken wir Ihnen für Ihr Versprechen, Ihr Amt weiterhin überparteilich führen zu wollen. Das ist angesichts der Zerrissenheit unserer Gesellschaft dringender denn je.

Sie haben dankenswerterweise auch an den 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki erinnert. Dieses weltpolitische Ereignis ist für uns in der DDR eine Zäsur gewesen, insbesondere für diejenigen, die die SED-Diktatur ablehnten. Als ehemalige DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft Freigekaufte möchten wir dieses Stichwort aufgreifen.

Schließlich hatten die Vereinbarungen von Helsinki eine von der DDR-Führung nur widerwillig gewährte Grundlage geboten, die Ablehnung des SED-Systems durch Stellung eines Ausreiseantrages zu dokumentieren. Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, wissen, dass ein derartiges Bekenntnis für die vielen, vielen Antragsteller und deren Familien böse Folgen hatte.

Aber immerhin: Die Lawine war losgetreten. Deren Wucht hat schließlich mitgeholfen, die Mauer zum Einsturz zu bringen.

Es bleibt ein Geheimnis der Bundesregierung, welche Erwägungen dazu geführt haben mögen, diesen Menschen nach der Wiedervereinigung durch eine „politische

Entscheidung“ (Originalton BMAS) heimlich ihre Altersversorgung zu entziehen. Eine mysteriöse „politische Entscheidung“, an der alle bisherigen Bundesregierungen festgehalten haben.

Am 29. November 2018 hatte ich Ihnen anlässlich des Empfanges einer UOKG-Delegation in Schloss Bellevue vortragen dürfen. Ich erinnere mich sehr gern an das aufmerksame Interesse von Ihrer Seite.

An diese Erinnerung möchte ich anknüpfen. Mir ist nach wie vor bewusst, dass es Ihr Amt nicht zulässt, aktiv und direkt in die Tagespolitik einzugreifen. Wie auf Ihrer Internetplattform unter der Rubrik „Petitionen und Eingaben“ zu lesen ist, gibt es aber dennoch Möglichkeiten. Wir bitten Sie herzlich, diese zu prüfen.

Die im Nachgang zum Beitritt der DDR getroffene „politische Entscheidung“ und in aller Diskretion verfügte Maßnahme zu Lasten der ehemaligen DDR-Flüchtlinge ist eine tiefgehende Demütigung dieser Klasse von Menschen.

Die Rehabilitation der Klasse der DDR-Flüchtlinge ist dringend notwendig.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)